

C1. Rahmenvertrag

zwischen

Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V. (DGUV)

Glinkastraße 40, 10117 Berlin

vertreten durch die stellvertretende Hauptgeschäftsführerin, Frau Dr. Edlyn Höller, diese wiederum vertreten durch den Leiter der Hauptabteilung Personal und Organisation (PEO),
Herrn Marc Pohl,

– nachfolgend „Auftraggeber“ oder „AG“ genannt –

und

[...]

vertreten durch [...]

– nachfolgend „Auftragnehmer“ oder „AN“ genannt –

– nachfolgend gemeinsam auch „Parteien“ genannt –

Vertragsinhalte

§ 1	Vertragsgegenstand	3
§ 2	Vertragsbestandteile	3
§ 3	Rahmenvertrag und Einzelabrufe	3
§ 4	Optionale Leistungen	4
§ 5	Rechte und Pflichten des AN.....	4
§ 6	Umfang der Leistung und Ausführung	4
§ 7	Rechteeinräumung.....	5
§ 8	Rechtegarantie.....	6
§ 9	Ausführungsfrist	6
§ 10	Vergütung und Rechnungsstellung.....	6
§ 11	Personal.....	7
§ 12	Übertragung der Leistung auf Dritte	8
§ 13	Leistungsänderungen, Zusatzaufträge	8
§ 14	Haftung und Versicherung.....	8
§ 15	Regelungen zum Mindestlohngesetz.....	9
§ 16	Vertraulichkeit, Datenschutz.....	10
§ 17	Rücktritt und Antikorruptionsklausel	11
§ 18	Minderung / Aufrechnung / Zurückbehaltungsrechte	12
§ 19	Stornierung	12
§ 20	In-Kraft-Treten, Laufzeit und Kündigung.....	12
§ 21	Änderungsklausel.....	12
§ 22	Formerfordernis.....	13
§ 23	Salvatorische Klausel.....	13
§ 24	Gerichtsstand und anwendbares Recht.....	13

§ 1 Vertragsgegenstand

Gegenstand dieses Vertrages ist:

- ☐ Los 1, Trainings
- ☐ Los 2, Teamentwicklung
- ☐ Los 3, Coaching

Details regeln die Leistungsbeschreibung und die sonstigen Vergabeunterlagen.

§ 2 Vertragsbestandteile

(1) Vertragsbestandteile sind:

- a) die Regelungen dieses Vertrages (C1) sowie die Regelungen aus dem Dokument C2
- b)
- c) die Leistungsbeschreibung des AG in der zuletzt veröffentlichten Fassung (Anlage 1)
- d) ggf. der beantwortete Fragenkatalog in der zuletzt veröffentlichten Fassung (Anlage 2)
- e) das im Zuschlagsschreiben benannte Angebot des AN, insbesondere das Preisblatt (Anlage 3)
- f) die Allgemeinen Vertragsbedingungen über die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der bei Vertragsschluss geltenden Fassung.

(2) Bei Widersprüchen gelten diese in vorstehender Reihenfolge. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers gelten nicht.

§ 3 Rahmenvertrag und Einzelabrufe

(1) Die Parteien schließen hiermit einen Rahmenvertrag über die Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistungen. Die konkrete Beauftragung erfolgt erst durch Einzelabrufe des AG. Der Einzelabruf (auch: „Bestellung“) erfolgt durch den AG mindestens in Textform (E-Mail ausreichend).

(2) Der AN ist verpflichtet, die Leistung zu erbringen, wenn der AG ihm einen Einzelabruf erteilt. Der AN hat keinen Anspruch auf Beauftragung bzw. Abruf einer bestimmten Mindestabnahmemenge.

(3) Bei der Beauftragung durch Einzelabrufe werden keine Änderungen an den Bedingungen dieses Rahmenvertrages vorgenommen. Insbesondere ist der AN an seine angebotenen Preise gebunden.

(4) Einzelabrufe, die vor Ende der Rahmenvertragslaufzeit erfolgen, sind in jedem Fall auszuführen.

§ 4 Optionale Leistungen

(1) Optionale Leistungen müssen durch den AG gesondert beauftragt werden. Die Beauftragung erfolgt mindestens in Textform (E-Mail ausreichend).

(2) Der AN ist verpflichtet, die Leistung zu erbringen, wenn der AG diese abruft. Der AN hat keinen Anspruch auf Beauftragung.

(3) Bei der Beauftragung optionaler Leistungen werden keine Änderungen an den Bedingungen dieses Vertrages vorgenommen. Insbesondere ist der AN an seine angebotenen Preise gebunden.

(4) Beauftragungen optionaler Leistungen, die vor Ende der Vertragslaufzeit erfolgen, sind in jedem Fall auszuführen.

§ 5 Rechte und Pflichten des AN

(1) Der AN ist verpflichtet, dem AG für den Fall einer Neuvergabe der vertragsgegenständlichen Leistungen alle hierfür erforderlichen Informationen zur Verfügung zu stellen. Ebenso ist der AN verpflichtet, im Fall eines Wechsels des Vertragspartners alle zur Leistungserbringung erforderlichen Informationen an den neuen AN zu übergeben.

(2) Die übrigen Rechte und Pflichten ergeben sich aus den sonstigen Regelungen dieses Vertragstextes inkl. aller Vertragsbestandteile.

§ 6 Umfang der Leistung und Ausführung

(1) Der AN erbringt die vertragsgegenständlichen Leistungen mit größtmöglicher Sorgfalt, Zuverlässigkeit und Gewissenhaftigkeit nach dem jeweils neuesten Stand bewährter Technik. Er berücksichtigt nach Absprache und sofern im Einzelfall sinnvoll allgemeine Verfahrensvorschriften sowie gegebenenfalls spezifische Bestimmungen, Methoden und Anwendungspraktiken des AG.

(2) Der Leistungsgegenstand hat über die Leistungsbeschreibung hinaus alle etwaigen zwingenden gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen sowie sämtliche branchenüblichen Normen und Richtlinien zu erfüllen. Über deren Anwendbarkeit hat sich der AN eigenverantwortlich zu informieren.

- (3) Der AN hat sich über alle Einzelheiten, die zur Erfüllung der vereinbarten Leistung erforderlich sind, in eigener Verantwortung Klarheit zu verschaffen. Unklarheiten, fehlende, unvollständige und / oder verspätete Angaben gehen zu seinen Lasten.
- (4) Im Übrigen wird für die Leistungsausführung auf § 4 VOL/B verwiesen.
- (5) Vertragssprache ist deutsch. Dies gilt auch für die unter diesem Vertrag geschuldeten Leistungen.

§ 7 Rechteeinräumung

- (1) Der AN räumt dem AG ein einfaches, zeitlich, örtlich sowie inhaltlich unbeschränktes Nutzungsrecht an den Trainingsunterlagen ein. Hiervon sind insbesondere das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und das Recht zur öffentlichen Wiedergabe – einschließlich der öffentlichen Zugänglichmachung – erfasst. Der AG ist insbesondere berechtigt, die Trainingsunterlagen auszudrucken sowie vorübergehend und dauerhaft digital zu speichern, einschließlich der Speicherung in Datenbanken. Der AG ist auch berechtigt, die Trainingsunterlagen u. a. im Intranet, einschließlich der Möglichkeit zum Download durch die Teilnehmenden, bereitzustellen.
- (2) Der AG ist berechtigt, die Trainingsunterlagen unter Wahrung der Urheberpersönlichkeitsrechte und in Abstimmung mit dem AN zu bearbeiten.
- (3) Der AG ist zudem berechtigt, zur Ausübung der ihm eingeräumten Rechte gemäß Abs. 1 und 2 technische Dienstleister (z.B. Hosting- und Serveranbieter) oder sonstige im Auftrag handelnde Dienstleister einzusetzen. Diesen ist die Nutzung der überlassenen Trainingsunterlagen ausschließlich insoweit gestattet, wie dies zur technischen Durchführung oder zur Erbringung von Leistungen für den AG erforderlich ist. Eine Nutzung zu eigenen Zwecken ist ihnen nicht gestattet.
- (4) Urheberrechtsvermerke in den Trainingsunterlagen werden berücksichtigt und nicht entfernt.
- (5) Die vorstehende Rechteeinräumung ist mit der vertraglich vereinbarten Vergütung abgegolten.
- (6) Sofern der AG dem AN für die vertragsgegenständliche Tätigkeit Materialien zur Verfügung stellt, verpflichtet sich der AN, das Urheberrecht und sämtliche sonstigen Rechte an den Materialien zu beachten, die Materialien ausschließlich für den Vertragsgegenstand gemäß § 1 i.V.m der Leistungsbeschreibung und den sonstigen Vergabeunterlagen zu verwenden und die Materialien Dritten nicht zugänglich zu machen. Dem AN wird daher lediglich ein einfaches, nicht übertragbares, nicht unterlizenzierbares, für den Zeitraum der vertraglich geschuldeten Leistung zeitlich begrenztes, für das Vertragsgebiet räumlich und ausschließlich für die Durchführung dieses Vertrages inhaltlich begrenztes Nutzungsrecht an den Materialien eingeräumt. Die Materialien sind nach Beendigung der vertraglich geschuldeten Leistung unaufgefordert

an den AG zurückzugeben oder, sofern die Materialien nur in digitaler Form zur Verfügung gestellt wurden, zu löschen.

§ 8 Rechtegarantie

Der AN sichert zu, dass die Trainingsunterlagen frei von Rechten Dritter (z. B. nach dem UrhG) sind. Der AN versichert ferner, dass er allein berechtigt ist, über die Rechte an den Trainingsunterlagen zu verfügen, bzw. alle ggf. erforderlichen Einwilligungen eingeholt hat und dass er weder ganz noch teilweise einen diesen Vertrag entgegenstehenden Verfügung getroffen hat oder treffen wird. Sollten Dritte gegenüber dem AG im Zusammenhang mit der Ausübung der vertragsgegenständlichen Rechte an den Trainingsunterlagen durch den AG Ansprüche geltend machen, stellt der AN den AG von sämtlichen Ansprüchen vollumfänglich frei, es sei denn, der AN hat die Ansprüche Dritter nicht zu vertreten. Die Freistellung erfasst auch den Ersatz der dem AG durch die notwendige Rechtsverfolgung/-verteidigung entstehenden bzw. entstandenen Kosten.

§ 9 Ausführungsfrist

(1) Sämtliche geschuldete Leistungen sind innerhalb der in der Leistungsbeschreibung festgelegten, während der Vertragsdurchführung zwischen den Parteien verbindlich und in Textform vereinbarten oder bei Rahmenverträgen im Rahmen der Einzelabrufe festgelegten Fristen zu erbringen.

(2) Die Einhaltung der Ausführungsfrist(en) ist wesentlich für die Vertragserfüllung.

(3) Nicht zu vertretende Behinderungen gemäß § 5 Nr. 2 Abs. 1 VOL/B berechtigen den AG, den Vertrag mit sofortiger Wirkung zu kündigen oder ganz oder teilweise von ihm zurückzutreten, wenn zuvor eine angemessene Verlängerung der Ausführungsfrist erfolgte. In Abweichung zu § 5 Nr. 2 Abs. 2 VOL/B gilt als vereinbart, dass eine solche Verlängerung der Ausführungsfrist um höchstens sechs (6) Wochen ab Zugang der Mitteilung aus § 5 Nr. 1 VOL/B gewährt wird. Dem AG steht es frei, kürzere Verlängerungsfristen vorzugeben.

§ 10 Vergütung und Rechnungsstellung

(1) Der AN erhält für seine Leistungen die Vergütung laut Preisblatt. Als vertraglich vereinbarte Preise gelten die angegebenen Brutto-Preise. Nachforderungen des AN wegen eines unzutreffenden Umsatzsteuersatzes sind ausgeschlossen.

(2) Ggf. anfallende Reisekosten werden nicht gesondert vergütet. Reisekosten gelten mit der Zahlung der Entgelte gemäß Preisblatt als abgegolten.

(3) Die Rechnungsstellung erfolgt über das E-Rechnungsportal des AG, welches unter <https://uv.flow.tiekinetix.net> sowie unter Verwendung der Leitweg-ID 993-8005699900-17 ab-

Vorhaben: Rahmenvereinbarung Führungskräfteentwicklung in der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung e. V. (26_EU_017), Version 1

rufbar ist. In diesem Portal können Rechnungen im einheitlichen Format (geprüftes X-Rechnungsformat) erstellt, vorhandene Rechnungen hochgeladen sowie per E-Mail an uv-erechnung@tiekinetix.net oder über Peppol eingereicht werden. Als Rechnungsanschrift ist folgende Anschrift des AG anzugeben: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V. (DGUV) REB, Alte Heerstraße 111, 53757 Sankt Augustin. Die SAP-Bestell- bzw. Kontraktnummer, die dem AN mitgeteilt wurde, ist in jeder Rechnung anzugeben. Im Ausnahmefall können Rechnungen alternativ auch im Pdf-Format an eingangsrechnung@dguv.de übermittelt werden. Als Rechnungsanschrift ist folgende Anschrift des AG anzugeben: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V. (DGUV) REB, Alte Heerstraße 111, 53757 Sankt Augustin.

- (4) Rechnungen können monatlich und ausschließlich für bereits erbrachte Leistungen gestellt werden.
- (5) Rechnungsbeträge sind innerhalb von 30 Tagen nach Vorlage einer prüffähigen Rechnung bargeldlos auf ein vom AN anzugebendes Konto zu überweisen. Die Zahlungsfrist gilt als gewahrt, wenn der AG sein Kreditinstitut angewiesen hat, den Rechnungsbetrag zu überweisen.
- (6) Mit der Zahlung der vereinbarten Vergütung sind sämtliche Ansprüche des AN gegen den AG für die vom AN erbrachten Leistungen und alle sonstigen vertraglichen Verpflichtungen sowie mit der Leistungserbringung in Zusammenhang stehenden Kosten und Aufwendungen des AN vollständig abgegolten.
- (7) Im Falle einer Bietergemeinschaft werden Zahlungen mit befreiender Wirkung für den AG an den für die Ausführung des Vertrages bevollmächtigten Vertreter der Bietergemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung bezahlt. Dies gilt auch nach Auflösung der Bietergemeinschaft.
- (8) Im Fall von Rückforderungen des AG aus Überzahlungen und ggf. Zahlungsverpflichtungen des AN aus Verzug kann sich der AN nicht auf den Wegfall der Bereicherung berufen, vgl. §§ 812 ff., 818 Abs. 3 BGB. Im Falle der Überzahlung hat der AN den überzahlten Betrag zu erstatten. Leistet er innerhalb von 30 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet er sich ab diesem Zeitpunkt mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen in Höhe von 9 v.H. über dem Basiszinssatz des § 247 BGB zu zahlen.
- (9) Die Abtretung von Forderungen an Dritte ist nur mit vorheriger ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers statthaft.

§ 11 Personal

- (1) Der AN verpflichtet sich, nur zuverlässige und qualifizierte Personen für die Leistungserbringung einzusetzen, die gemäß den Festlegungen in den Vergabeunterlagen qualifiziert sind oder, falls eine Festlegung nicht erfolgte, deren Qualifizierung erwarten lässt, dass sie die Leistung einwandfrei erbringen werden. Sofern im Eignungsbogen das für die Leistungserbringung vorgesehene Personal anzugeben ist, ist der AN verpflichtet, dieses Personal oder jedenfalls gleichwertiges Personal mit mindestens der angegebenen Eignung für die Vertragsdurchführung einzusetzen.

(2) Ein Austausch des verantwortlichen Personals darf nur mit mindestens gleich qualifizierten Personen erfolgen. Der Austausch des verantwortlichen Personals gemäß den Festsetzungen der Vergabeunterlagen ist dem AG im Vorfeld anzuzeigen. Die Ersatzperson kann bei Vorliegen eines wichtigen Grundes abgelehnt werden.

(3) Im Falle eines Wechsels des verantwortlichen Personals hat der AN die Pflicht, den neuen Mitarbeiter auf seine Kosten einzuarbeiten.

§ 12 Übertragung der Leistung auf Dritte

Eine Übertragung der Leistung ganz oder in Teilen auf Dritte nach der Zuschlagserteilung ist nur mit vorherigem schriftlichem Einverständnis des AG in Textform zulässig. Der AG behält sich vor, die Zuverlässigkeit und Eignung des Unterauftragnehmers entsprechend der Eignung des AN zu überprüfen. Der AG stimmt der Beauftragung von geeigneten (insbesondere zuverlässigen) Unterauftragnehmern zu, sofern nicht im Einzelfall besondere Umstände gegen die konkrete Unterbeauftragung sprechen. Ein Anspruch auf Erteilung einer solchen Zustimmung besteht jedoch nicht.

§ 13 Leistungsänderungen, Zusatzaufträge

(1) Der AN steht dem AG grundsätzlich für weitere zusätzliche Aufträge zur Verfügung, die nicht von § 1 dieses Vertrages i.V.m. der Leistungsbeschreibung erfasst werden, soweit sein Betrieb hierauf eingerichtet ist und es sich um eine nach § 132 GWB zulässige Auftragsänderung handelt.

(2) Der AN legt dem AG vor Ausführung der geänderten bzw. zusätzlichen Leistung ein schriftliches Nachtragsangebot vor. Ohne schriftliche Bestätigung des Nachtragsangebots durch den AG erfolgt eine gesonderte Vergütung von Zusatzleistungen nicht.

§ 14 Haftung und Versicherung

(1) Für Pflichtverletzungen des AN gelten die Regelungen aus § 7 VOL/B.

(2) Der AN hat während der Laufzeit des Vertrages eine Haftpflichtversicherung abzuschließen und aufrechtzuerhalten, die seine Haftung und alle branchenüblichen Risiken abdeckt. Dies umfasst insbesondere eine Betriebs- bzw. Berufshaftpflichtversicherung. Die Deckungssumme beträgt mindestens die in Ziffer 5 des Eignungsbogens genannten Summen.

(3) Der AN ist verpflichtet, sämtliche Lohnnebenkosten ordnungsgemäß abzuführen. Auf Verlangen des AG ist die Anmeldung der vom AN eingesetzten Arbeitskräfte zu allen Zweigen der sozialen Sicherheit, die nach dem auf die Beschäftigungsverhältnisse der Arbeitnehmer anzuwendenden Recht zu entrichten sind, nachzuweisen.

§ 15 Regelungen zum Mindestlohngesetz

- (1) Der AN sichert dem AG zu,
 - a) den gesetzlich geforderten Mindestlohn in der jeweiligen aktuellen gesetzlich geforderten Höhe rechtzeitig zu bezahlen,
 - b) keinen Nachunternehmer einzusetzen, der den gesetzlichen Mindestlohn entsprechend dem Mindestlohngesetz nicht oder nicht rechtzeitig bezahlt,
 - c) dass weder er noch einer seiner Nachunternehmer einen Verleiher (Zeitarbeitsunternehmen) beauftragt, der diesen gesetzlichen Mindestlohn nicht oder nicht rechtzeitig bezahlt,
 - d) dass weder für ihn noch für einen seiner Nachunternehmer Ausschlussgründe im Sinne des § 19 Abs. 1 MiLoG von der Vergabe öffentlicher Aufträge vorliegen.
- (2) Der AN verpflichtet sich, dem AG jederzeit auf Verlangen aktuelle Nachweise (z.B. Stundennachweise, anonymisierte Lohnabrechnungen, Mitarbeiterlisten) über die Zahlung des Mindestlohns von ihm und seinen Nachunternehmern unverzüglich vorzulegen.
- (3) Der AN wird dem AG unverzüglich über die Inanspruchnahme durch Dritte oder die Einleitung von Bußgeldverfahren wegen Verstoßes gegen das Mindestlohngesetz gegen sich oder gegen einen von ihm im Zusammenhang mit diesem Vertragsverhältnis eingesetzten Nachunternehmer und / oder Verleiher unterrichten.
- (4) Der AN verpflichtet sich, die Einhaltung der vorgenannten Verpflichtungen auch seitens der von ihm im Zusammenhang mit diesem Vertragsverhältnis eingesetzten Nachunternehmer und / oder Verleiher sicherzustellen.
- (5) Der AN wird den AG von der Zahlung von Mindestlohn sowie generell von jeglichen Ansprüchen Dritter oder behördlichen Bußgeldern, die auf Verstößen gegen das Mindestlohngesetz durch den AN, durch einen seiner Nachunternehmer und / oder einen vom AN oder dessen Nachunternehmer beauftragten Verleiher (Zeitarbeitsunternehmen) beruhen, freistellen.
- (6) Im Falle der Nichteinhaltung vorstehender Pflichten ist der AG berechtigt, fällige Zahlungen an den AN einzubehalten, bis diese Pflichten erfüllt sind.
- (7) Sollte der AN gegen die vorstehenden Verpflichtungen verstoßen, ist der AG ungeachtet weitergehender Rechte befugt, ihm eine angemessene Frist zur Erfüllung der betreffenden Verpflichtungen zu setzen und nach fruchtlosem Fristablauf den Vertrag zu kündigen.
- (8) Bei schuldhaftem Verstoß gegen diese Verpflichtungen ist der AG zur außerordentlichen Kündigung mit sofortiger Wirkung berechtigt.

§ 16 Vertraulichkeit, Datenschutz

- (1) Bei der gesamten Datenhaltung und beim Übertragen der Daten von dem AG und dessen Mitgliedern und Einrichtungen an den AN werden die Bestimmungen des Datenschutzes gewährleistet.
- (2) Der AN verpflichtet sich zur unbedingten Verschwiegenheit und Geheimhaltung aller Vorgänge / Informationen, die ihm im Rahmen oder bei Gelegenheit der Abwicklung dieses Vertrages zur Kenntnis kommen. Er versichert, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses von dem AG und weiteren Parteien zur Verfügung gestellten Unterlagen, Daten oder anderweitige Informationen streng vertraulich zu behandeln, Dritten gegenüber – auch über die Dauer des Vertrages hinaus – vertraulich zu behandeln, Dritten nicht zugänglich zu machen und vor dem Zugriff Dritter zu schützen.
- (3) Der AN verpflichtet sich, nur denjenigen Mitarbeitern (einschließlich der freien Mitarbeiter) und / oder Dritten (bspw. Nachunternehmer) die vertraulichen Informationen offen zu legen, die diese für die Durchführung dieses Vertrags kennen müssen.
- (4) Der AN verpflichtet sich ferner, die Geheimhaltungspflicht sämtlichen Mitarbeitern / Angestellten und / oder Dritten, die Zugang zu den vorbezeichneten Vorgängen / Informationen haben, aufzuerlegen und seine Mitarbeiter auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden in arbeitsrechtlich zulässigem Umfang zur Geheimhaltung zu verpflichten.
- (5) Die Geheimhaltungspflicht nach Abs. 2 gilt nicht für Informationen, soweit die betreffenden Informationen nachweislich,
 - a) dem AN bei Abschluss des Vertrags nachweislich bereits bekannt waren oder danach von dritter Seite bekannt werden, ohne dass dadurch eine vertragliche Vereinbarung, gesetzliche Vorschriften oder behördliche Anordnungen verletzt werden;
 - b) bei Abschluss des Vertrags öffentlich bekannt sind oder danach öffentlich bekannt gemacht werden, soweit dies nicht auf einer Verletzung dieses Vertrags beruht;
 - c) durch den AG ausdrücklich schriftlich zur Weitergabe freigegeben wurden;
 - d) vom AN selbst ohne Zugang zu den vertraulichen Informationen des AG entwickelt wurden,
 - e) aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen oder auf Anordnung eines Gerichts oder Behörde offengelegt werden müssen. Soweit zulässig und möglich, wird der AN den AG hierüber so früh wie möglich informieren und ihm Gelegenheit geben, gegen die Pflicht zur Offenlegung vorzugehen.
- (6) Werden dem AN vertrauliche Informationen von dritter Seite bekannt gemacht, hat er den AG hierüber unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen.

§ 17 Rücktritt und Antikorruptionsklausel

- (1) Ausschlussgründe im Sinne des § 123 Abs. 4 Nr. 1 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und des § 124 Abs. 1 Nr. 3, 8 GWB berechtigen den AG zur Kündigung aus wichtigem Grund.
- (2) Eine Kündigung des AG kann daher erfolgen, wenn
- a) durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde, dass der AN seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist.
 - b) der AN im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des AN infrage gestellt wird. Dabei ist das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person dem AN zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des AN Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.
 - c) der AN in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln.
- (3) Ein Ausschlussgrund nach Absatz 1 ist auch die Abgabe von Angeboten, die auf wettbewerbsbeschränkenden Absprachen im Sinne von § 298 StGB beruhen, die Beteiligung an unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen im Sinne GWB, insbesondere eine Vereinbarung mit Dritten über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über zu fordernde Preise, über die Entrichtung einer Ausfallentschädigung (Gewinnbeteiligung oder sonstige Abgaben) und über die Festlegung von Preisempfehlungen.
- (4) Die Möglichkeit der Kündigung des Vertrages nach § 133 GWB bleibt unberührt.
- (5) Der AN hat dem AG alle Schäden zu ersetzen, die dem AG unmittelbar oder mittelbar durch die Kündigung entstehen. Sofern der AG keinen höheren Schaden nachweist, hat der AN an den AG eine Schadensersatzpauschale in Höhe von 5 % der Brutto- Auftragssumme dieses Vertrages zu bezahlen. Dem AN bleibt der Nachweis vorbehalten, dass der Schaden tatsächlich niedriger ist. Erbringt der AN diesen Nachweis, so braucht er nur den nachgewiesenen niedrigeren Schaden zu bezahlen.
- (6) Liegt ein Ausschlussgrund nach § 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB vor, weil der AN nachweislich eine schwere Verfehlung (Vorteilsgewährung nach § 333 StGB oder Bestechung nach § 334 StGB) begangen hat, hat der AN an den AG für jede Verfehlung eine Vertragsstrafe zu zahlen, unabhängig davon, ob der AG sein Recht auf Rücktritt vom Vertrag ausübt oder nicht. Die Höhe der Vertragsstrafe beträgt das 50-fache des Wertes der angebotenen oder gewährten Geschenke oder sonstigen Vorteile, insgesamt jedoch höchstens 5 % der Brutto-Auftragssumme dieses Vertrages. Weitergehende Schadensersatzansprüche des AG bleiben unberührt. Die Vertragsstrafe wird auf den Schadensersatz angerechnet.

§ 18 Minderung / Aufrechnung / Zurückbehaltungsrechte

Der AN kann gegenüber den Forderungen des AG aus diesem Vertrag mit einer Gegenforderung nur aufrechnen oder ein Zurückbehaltungsrecht nur ausüben, wenn die Forderung unbestritten oder rechtskräftig festgestellt ist.

§ 19 Stornierung

Hinsichtlich der Stornierung von Einzelleistungen wird auf die Regelungen der Leistungsbeschreibung verwiesen.

§ 20 In-Kraft-Treten, Laufzeit und Kündigung

- (1) Der Vertrag kommt mit Zuschlagserteilung zustande.
- (2) Die Leistungszeit beginnt mit Erteilung des Zuschlags und läuft zunächst zwei Jahre. Der Vertrag verlängert sich automatisch zweimal um jeweils ein weiteres Jahr, wenn der AG jeweils nicht spätestens sechs Monate vor Vertragsverlängerung den Vertrag kündigt. Die Laufzeit des Vertrages endet in jedem Fall spätestens nach vier Jahren, ohne dass es hierfür einer gesonderten Kündigung bedarf.
- (3) Es wird ein maximales Abrufvolumen i.H.v.
 - Los 1, Trainings: 131.800
 - Los 2, Teamentwicklung: 214.200
 - Los 3, Coaching: 174.000jeweils in Euro (netto) vereinbart. Nach Ausschöpfung des jeweiligen Volumens ist der jeweilige Rahmenvertrag gegenstandslos. § 132 GWB bleibt unberührt.
- (4) Das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Ein wichtiger Grund besteht beispielsweise in der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten sowie in der Einstellung der Leistungen durch den AN. Den Parteien steht ein außerordentliches Kündigungsrecht aus wichtigem Grund auch dann zu, wenn das Vertrauensverhältnis zwischen den Parteien nachhaltig gestört ist.
- (5) Eine Kündigung hat in Textform an bln-dd.einkauf@dguv.de zu erfolgen.
- (6) Sonstige gesetzliche oder vertragliche Ansprüche der Parteien bleiben unberührt.

§ 21 Änderungsklausel

Für den Fall, dass der AN vor vollständiger Leistungserbringung wegen außerordentlicher Beendigung, Insolvenz oder aus einem anderen Grund ausfällt, behält sich der AG vor, die verbleibenden Dienstleistungen den übrigen Bietern in der Reihenfolge des Ausschreibungsergebnisses bis Platz 3 anzutragen. In dem Fall gelten die Bedingungen und insbesondere die

Preise des ursprünglichen Angebots, welches im Rahmen des Vergabeverfahrens eingereicht wurde.

§ 22 Formerfordernis

Dieser Vertrag regelt die Beziehungen der Parteien hinsichtlich des Vertragsgegenstandes abschließend und ersetzt alle früheren Absprachen. Mündliche oder schriftliche Nebenabreden wurden nicht getroffen. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages einschließlich seiner Anlagen und einschließlich dieser Formabrede bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Textform.

§ 23 Salvatorische Klausel

Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so wird dadurch die Gültigkeit des Vertrages im Übrigen nicht berührt. Die Parteien vereinbaren für diesen Fall, eine andere Bestimmung zu treffen, welche der unwirksamen Bestimmung dem Sinn und der wirtschaftlichen Bedeutung nach möglichst nahekommt. Dasselbe gilt für den Fall einer Regelungslücke.

§ 24 Gerichtsstand und anwendbares Recht

- (1) Es gilt deutsches Recht unter Ausschluss der Normen, die in eine andere Rechtsordnung verweisen.
- (2) Sofern eine Gerichtsstandvereinbarung gemäß § 38 ZPO zulässig ist, vereinbaren die Parteien als ausschließlichen Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus oder in Zusammenhang mit diesem Vertrag Berlin.